

Mitspielen trotz Hartz IV

Von 2,5 Millionen bedürftigen Kindern nutzt jedes zweite Ursula von der Leyens Bildungszuschüsse

Von Thomas Öchsner

Berlin – Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen ist mit ihrer neuen Schulnote zufrieden: 2,6 – so lautet im Durchschnitt die Note für das Bildungspaket. Das Zeugnis stammt von gut 2000 Hartz-IV-Empfängern und Geringverdienern, deren Kinder die neuen Leistungen seit einem Jahr nutzen können. Und diese Note sei, das könne sie als Mutter von schulpflichtigen Kindern beurteilen, „völlig in Ordnung“, sagt die CDU-Politikerin.

Für die Bundesarbeitsministerin war ihr Auftritt an diesem Freitag in der Bundespressekonferenz auch eine Stunde der Abrechnung mit ihren Kritikern. 2,5 Millionen bedürftige Kinder haben durch das Bildungspaket Anspruch auf ein Mittagessen in der Kita oder Schule, Geld für mehrtägige Klassenfahrten sowie auf einen Zuschuss in Höhe von monatlich zehn Euro für die Mitgliedschaft

„Ein bürokratisches Monster sieht anders aus“, sagt die Bundesarbeitsministerin.

in Sportverein und Musikschule oder, bei Bedarf, auf Nachhilfe. Trotzdem spricht die Opposition von der „bürokratischsten Sozialleistung aller Zeiten“ und der paritätische Wohlfahrtsverband von ineffizientem „Gesetzesmurks“. Von der Leyen hingegen pocht darauf, dass das Bildungspaket die Kinderkrankheiten längst überstanden habe. Man sei damit „aus dem Größten raus“.

Bei dem Streit geht es vor allem um die Frage, ob das Paket bei den Kindern der Langzeitarbeitslosen und Beziehern von Wohngeld oder Kinderzuschlag wirklich ankommt. Die Arbeitsministerin brachte deshalb die Ergebnisse einer Umfrage bei mehr als 2000 anspruchsberechtigten Familien mit. Danach nutzt gut jedes dritte Kind das Mittagessen und Klassenfahrten, die Angebote für Sport und Musik knapp jedes vierte, während das Interesse an Nachhilfe äußerst gering ausfällt (*Grafik*). Von der Leyen ließ auch ermitteln, warum Eltern keine Leistungen aus dem Bildungspaket beantragen. Dabei nannten nur acht Prozent der Befragten als Grund den hohen Aufwand. Sie ist daher überzeugt: „Ein bürokratisches Monster sieht anders aus.“

Die Kommunen sehen das Bildungspaket ebenfalls auf gutem Weg. Schließlich habe gut jeder zweite Berechtigte bereits Anträge auf Leistungen gestellt. Das ergaben zumindest Umfragen der kommu-

Fußballtraining, Tanzkurs, Flötenunterricht: Fast jedes fünfte Kind nutzt die Bildungsgutscheine für Freizeitangebote. Foto: A. Heimann/Bongarts/Getty Images

nalen Spitzenverbände in 190 Landkreisen und 70 Städten. Auch laut dieser Statistik sind die Zuschüsse zum Mittagessen beliebt, etwa bei 42 Prozent der Hartz-IV-Empfänger in den Städten. Die Antragsquote für Beiträge zu Sportvereinen und Musikschulen liegt dagegen nur bei 21 und 14 Prozent, für Nachhilfe beträgt sie fünf Prozent. Selbst von der Leyen sagt: „Wir müssen bei den Teilhabeangeboten noch besser werden.“

Genau daran entzündet sich die Kritik. Angebote, die es schon vorher gab und nur in das Bildungspaket integriert wurden, wie das Mittagessen, werden viel stärker nachgefragt als die neuen Leistungen aus den Bereichen Musik, Sport und Lernförderung. Der DGB fürchtet deshalb, dass die Kommunen mehrere 100 Millionen Euro der bereitgestellten Bundesmittel im ersten Jahr gar

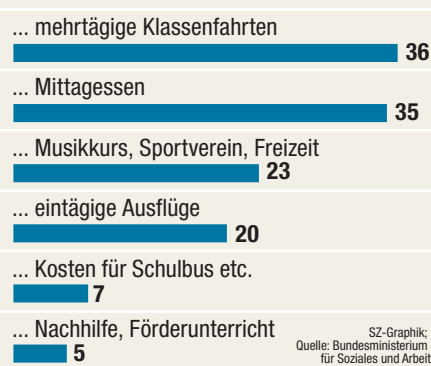
nicht ausgegeben haben. Bislang liegt dafür aber noch keine Abrechnung vor.

Kritik kommt ebenso von der Caritas. Der Präsident des Wohlfahrtsverbands, Peter Neher, hält die Hürden bei der Nachhilfe für „viel zu hoch“, wenn ein Zuschuss nur bei der Gefährdung der Versetzung in die nächste Klasse gewährt werde. Von der Leyen kontert, Nachhilfe sei die Ausnahme, die niedrigen Antragszahlen daher nur logisch.

Das Bildungspaket war am 1. April 2011 eingeführt worden. Auslöser war das Bundesverfassungsgericht. Die obersten Richter hatten darauf gedrängt, bedürftige Kinder stärker zu fördern. Wie das am besten geht, bleibt umstritten. SPD-Vize Manuela Schwesig fordert, das Geld besser direkt an Kitas, Ganztageschulen und Vereine zu geben, damit diese „unkompliziert Angebote für Kin-

Wie das Bildungspaket ankommt

Die unter 18-Jährigen, die das Angebot nutzen, bekommen Zuschüsse für... (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



der machen können“. Von der Leyen erwidert, das sei gar nicht möglich, weil auf Grund des Urteils der Verfassungsrichter jedes einzelne Kind einen individuellen Anspruch auf Leistungen habe.

Mitreden in Brüssel

Die Europäische Bürgerinitiative tritt in Kraft

Von Julia Prummer

Brüssel – Wenn es nach dem Gewerkschafter Pablo Sánchez ginge, würde die Europäische Union die Wasserversorgung zur öffentlichen Dienstleistung erklären. Öffentliche Wasserbetriebe könnten dann nicht mehr an private Betreiber verkauft werden, nur um die Kassen von Kommunen und Regionen zu füllen. Die Gefahr von übertriebenen Preiserhöhungen wäre in den Augen von Sánchez gebrandet. Die Hoffnung allerdings, dass Brüssel ihm von sich aus zur Hilfe kommt, hat der Gewerkschafter aufgegeben. Darum will Sánchez die EU nun durch Druck von unten zwingen.

Der 1. April kommt ihm da gerade recht. Denn am Sonntag tritt die Europäische Bürgerinitiative in Kraft. Die 500 Millionen Bürger der Europäischen Union können nun in Brüssel mitreden. „Wir schlagen ein neues Kapitel in der europäischen Demokratie auf“, sagt der derzeitige Vorsitzende des EU-Ministerrates, der dänische Europaminister Nicolai Wammen. Eine Million Bürger aus mindestens sieben Mitgliedstaaten der EU können künftig mit ihrer Unterschrift die Europäische Kommission auffordern, für ihr Anliegen ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Rund 20 Initiativen haben sich schon vorab in Brüssel gemeldet: Die Tierschützer wollen einen Stopp von Tiertransporten. Andere fordern, dass Mama und Papa sonntags bei den Kindern zu Hause bleiben müssen. Und Pablo Sánchez vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) will eben, dass die Wasserversorgung in Europa öffentlich bleibt.

Noch gibt es keine Erfahrung mit dem EU-Bürgerbegehren. Aber einiges spricht dafür, dass nur wenige Initiativen in Brüssel ankommen. Neben den vielen Unterschriften gibt es weitere Hürden, die Initiatoren überwinden müssen. Auf sie wartet ein komplizierter bürokratischer Prozess, der viel Zeit und Geld kostet. 25 Testläufe gab es bisher, nur bei vier davon sind genügend Unterschriften gesammelt worden. Erfolgreich war die Europäische Allianz der Initiativen Angewandter Anthroposophie (Eliant). Vor einem Jahr konnte sie der Kommission eine Million Unterschriften und 15 Forderungen vorlegen. Es ging um künstliche Zusatzstoffe in Babynahrung aber auch um den Schutz der Landwirtschaft vor genmanipulierten Organismen. Unter den künftig geltenden Bedingungen der Europäischen Bürgerinitiative wären die Anthroposophen allerdings gescheitert:

Sie haben vier Jahre gebraucht, um die Unterschriften zu sammeln. Die Regeln der EU lassen aber nur ein Jahr zu.

„Wir glauben, dass die Zeit vielen kleinen Initiativen zum Verhängnis werden könnte“, erklärt Carsten Berg von der Organisation Democracy International, welche die Europäische Bürgerinitiative einst zusammen mit anderen Demokratieinitiativen vorgeschlagen hatte. Unterschriften zu sammeln ist nach EU-Recht gar nicht so leicht. Eine Verordnung sieht nämlich vor, dass jedes Mitgliedsland selbst bestimmt, welche Daten für eine gültige Unterschrift nötig sind. In Deutschland etwa reichen Name, Wohnort und Geburtstag. Österreich und 17 andere Länder fordern zusätzlich eine Ausweisnummer, die Griechen müssen für eine gültige Unterschrift sogar den Namen ihres Vaters angeben. „Die wenigsten

Das Sammeln der notwendigen Unterschriften ist schwierig und kann teuer werden.

Leute in Ämtern verstehen, wie schwierig es ist, Menschen auf der Straße nach ihren Daten zu fragen“, sagt Berg. Besonders die Ausweisnummer sei ein Problem. Viele Menschen gäben sie ungern an und schon gar nicht, wenn online danach gefragt wird, was bei der Bürgerinitiative zulässig ist.

Initiatoren EU-weiter Bürgerbegehren brauchen auch viel Geld. Die Anthroposophen etwa hat jede gesammelte Unterschrift 77 Cent gekostet. Bei einer Million Unterstützungserklärungen kommt man damit schnell auf eine Summe von 770 000 Euro. Pablo Sánchez von der Wasserinitiative hofft, dass es auch mit weniger geht. Im Gegensatz zu anderen Initiativen hat er freilich jetzt schon eine starke Gewerkschaft und viele Freiwillige hinter sich.

Doch selbst wer alle Voraussetzungen erfüllt, geht ein Risiko ein: Die Europäische Bürgerinitiative ist kein bindender Volksentscheid. Sie verpflichtet die Kommission nur, über das gewünschte Thema zu beraten – der Ausgang bleibt offen. Die Kommission kann sich auch weigern, tätig zu werden, sofern sie Gründe nennt. Und dann ist da noch eine letzte Hürde: die uninformierte Öffentlichkeit. Bruno Kaufmann vom Europäischen Institut für Initiativen und Referenden schätzt, dass 90 Prozent der Europäer keine Ahnung haben, dass es die Europäische Bürgerinitiative gibt: „Und das ist wahrscheinlich noch untertrieben.“

NUR NOCH BIS 16. APRIL:

0,0%

FINANZIERUNG AUF 48 MONATE

GUTER GESCHMACK WAR SCHON IMMER ETWAS TEURER. WAR, WOHLGEMERKT.

HEINER LAUTERBACH

23% WOCHEN

Jetzt 23% Nachlass* auf alle Design-Möbel der Marken Saba Italia, LNC und Misura Emme

* gegenüber unverbindlicher Preisempfehlung des Herstellers.

JETZT:
 ECKSOFA ab 1.995,- / 41,50 Monatsrate
 LEDER-STÜHLE ab 185,- / 3,80 Monatsrate
 TISCHE ab 795,- / 16,50 Monatsrate
 DOPPEL-BETTEN ab 949,- / 19,70 Monatsrate
 SCHRÄNKE ab 1.195,- / 24,80 Monatsrate

WHO'S PERFECT.
 So will ich leben